



Rede

**1. MAI 2019**

„EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!“

Jürgen Kerner, Hauptkassierer  
der IG Metall

Bautzen, 1. Mai 2019

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung nach Ostsachsen, in die stolze Stadt Bautzen.

Der 1. Mai gehört uns! Heute feiern wir den Tag der Arbeiterbewegung. Unser Tag. In Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt.

Heute gehen wir für ein solidarisches Europa auf die Straße. In drei Wochen ist die Wahl des Europäischen Parlaments.

Am 26. Mai sind wir alle gefragt!

In Europa ist nicht alles gut. Aber Europa ist zu wichtig. Wir dürfen unser Schicksal nicht den Anti-Europäern überlassen!

Für ein solidarisches Europa heißt aber genauso: für ein solidarisches Deutschland – für ein solidarisches Ostsachsen!

Und dass Ihr Solidarität in Ostsachsen könnt – das habt Ihr immer wieder eindrucksvoll gezeigt.

Ich verantworte bei der IG Metall auch unsere Gewerkschaftsarbeit in der Bahnindustrie und bei Siemens.

Da war in den letzten Jahren richtig was geboten – und ist es immer noch. Was die Kolleginnen und Kollegen von Bombardier Transportation und Siemens hier in der Region auf die Beine gestellt haben – das ist gelebte Solidarität, das ist beispielgebend für ganz Deutschland!

Und das ist erfolgreich. Solidarität bringt Erfolg! Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die neoliberale Ideologie predigt uns, dass jeder seines Glückes Schmied sei. Sie trägt die Konkurrenz schon in die Kinderzimmer. Das ist Bullshit, Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen diese Anbeter des Marktes nicht. Wir brauchen auch keine Politiker, die uns vorschreiben wollen, wie wir zu leben haben.

Natürlich wissen wir: Kompromisse sind nötig, Kompromisse sind nicht schlecht, sondern täglicher Teil unseres Lebens, in der Familie, auf der Arbeit, in der Politik. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen das nur zu gut: Wir führen Tarifverhandlungen, wir verhandeln Betriebsvereinbarungen, wir vereinbaren Kompromisse. Das ist unser Tagesgeschäft.

Und wir sind erfolgreich! Das gilt zu allererst für die Tarifabschlüsse, die wir erkämpft haben.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Löhne im letzten Jahr wieder deutlich gestiegen sind.

Das ist aber längst noch nicht alles: Wir haben neue Wege beschritten, um den Beschäftigten mehr Selbstbestimmung bei ihrer Lebens- und Familienplanung zu ermöglichen.

Mit unseren Tarifverträgen zur Arbeitszeit haben wir Durchbrüche für die Beschäftigten erzielt.

Wir haben die Lücke zwischen den Tariflöhnen in Ost und West weitgehend geschlossen. Im Durchschnitt erreichen die tarifvertraglichen Grundvergütungen in den ostdeutschen Ländern 97,6 Prozent des Westniveaus.

Aber warum sind dann die Bruttomonatslöhne im Schnitt im Osten um 830 Euro niedriger als im Westen?

Weil nur für 18 Prozent der Betriebe in Ostdeutschland ein Branchentarifvertrag oder ein Haustarifvertrag gilt!

Ich spreche es deutlich aus: Die Arbeitgeber sabotieren gleichwertige Lebensbedingungen für Euch. Das ist ein Skandal!

Im Westen begehen die Arbeitgeber Tariffucht; im Osten sind die Arbeitgeber erst gar nicht in die Tarifbindung gegangen. So geht das nicht weiter!

Den Lippenbekenntnissen der Politik nach mehr Tarifbindung müssen endlich Taten folgen. Zum Beispiel eine steuerliche Besserstellung tarifgebundener Unternehmen. Vor allem müssen mehr Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich gestellt werden.

Und es muss endlich dafür gesorgt werden, dass nur tarifgebundene Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen! Wir zahlen keine Steuergelder, damit öffentliche Aufträge an Dumping-Firmen gehen!

Seien wir ehrlich, Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen viel mehr Druck auf Arbeitgeber und Politik aufbauen. 30 Jahre nach dem Mauerfall ist es höchste Zeit für gleichwertige Lebensverhältnisse. Dafür muss die Tarifbindung her! Das muss ein großer gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften werden! Solidarisch. Seit an Seit.

Kolleginnen und Kollegen, in der ostdeutschen Textilindustrie haben wir vorgestern einen Tarifabschluss erreicht, der die Arbeitszeit und die Urlaubszeit an die westdeutschen Tarifgebiete angleicht.

Die 37-Stunden-Woche soll in sechs Schritten bis 2027 erreicht sein, bei textilen Automobilzulieferern schneller. Das ist ein wichtiger Meilenstein!

Jetzt wollen wir in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie die 35-Stunden-Woche durchsetzen.

Wir begrüßen die grundsätzliche Bereitschaft der Arbeitgeber, einen verlässlichen Tarifrahmen für die Arbeitszeitverkürzung schaffen zu wollen.

Allerdings lehnen wir ihre Forderung ab, die Entscheidung zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung auf die betriebliche Ebene zu verlagern.

Wir werden dafür sorgen, dass die bewährte Arbeitsteilung zwischen Tarifparteien und Betriebsräten bleibt.

Der IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen hat einen pragmatischen Vorschlag gemacht, dem sich die Arbeitgeber nicht länger verschließen dürfen.

Der erste Schritt der Angleichung soll ab April 2020 möglich sein; spätestens im Dezember 2030 ist überall die 35-Stundenwoche eingeführt.

Die Arbeitszeitangleichung soll in mehreren Schritten durch tariflich festgelegte Bandbreiten erfolgen. Innerhalb der Bandbreiten sind unterschiedliche Geschwindigkeiten möglich, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe zu berücksichtigen.

Ich appelliere an die Arbeitgeber: Kommt raus aus Eurer Ecke! Bewegt Euch! Übermorgen, am 3. Mai findet das dritte Tarifgespräch statt. Das ist doch ein prima Datum, um eine Lösung zu finden.

Kolleginnen und Kollegen, auch um die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, müssen wir solidarisch zusammenstehen. Die Arbeitgeber müssen den Druck aus den Betrieben spüren – und zwar richtig.

Es laufen schon viele betriebliche Aktionen, zudem die Foto-Aktion „35 – Jetzt ist unsere Zeit!“. Inzwischen sind mehr als 25.000 Kolleginnen und Kollegen auf der Website der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen zu sehen. Eine coole Aktion! Macht mit!

Kolleginnen und Kollegen, die Transformation der Arbeitswelt wird das Thema der nächsten Jahre sein. In den Betrieben, für die Politik in Deutschland und Europa. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen an nationalen Grenzen nicht halt.

Darum brauchen wir auch eine europäische Strategie. Die Industrie muss wieder zu einem Motor für positiven sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt werden. Dafür müssen Industriearbeitsplätze erhalten, besser noch ausgebaut werden.

Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten. Machen wir uns nichts vor: Was heute noch eine Kollegin oder ein Kollege oder mehrere Menschen gemeinsam erledigen, das machen in nicht allzu ferner Zukunft in vielen Bereichen Algorithmus, 3D-Drucker oder Roboter. Keine Branche bleibt ausgenommen.

Die Digitalisierung beschleunigt den Welthandel. Für die Beschäftigten bedeutet Globalisierung mehr Druck und mehr Stress. Samstags gehören Vati und Mutti mir? Heute gilt das oft nicht mal nach Feierabend – weil über mehrere Zeitzonen zusammengearbeitet wird, weil zuhause noch das Smartphone bimmelt oder weil die Maschine per Laptop ferngewartet werden muss.

Und die Klima- und Umweltfrage. Sie ist für uns alle überlebenswichtig. Ohne einen tiefgreifenden Wandel wird es nicht gehen.

Als hochentwickelter Industriestandort steht Europa einfach in der Pflicht, Verantwortung in der Klimapolitik zu übernehmen. Wir müssen zeigen, dass wir die Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren können. Wir müssen zeigen, dass der Erhalt einer lebenswerten Umwelt und Industriearbeit kein Widerspruch ist! Nur wenn uns das gelingt, werden auch andere Länder folgen.

Als Beschäftigte, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind wir mehrfach betroffen:

Zum einen: Unsere Jobs hängen von der Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe und Branchen ab.

Zum anderen: Als Kunden nutzen wir natürlich die Dienstleistungen und Produkte – denken wir nur ans Auto. Viele fragen sich zurecht: Darf ich morgen mit meinem Auto noch zur Arbeit fahren? Und wenn nicht: Was dann?

Und schließlich sind wir alle Menschen, Mütter und Väter, die ein Interesse an einer guten Umwelt haben. An einer lebenswerten Umwelt, die wir unseren Kindern guten Gewissens hinterlassen können.

Viel zu lang haben Politik und Arbeitgeber die notwendigen Weichenstellungen auf die lange Bank geschoben. Nun schreit Freitag für Freitag die Jugend laut auf und fordert: Tut endlich was! Für unsere Zukunft! Alle sollten das als Weckruf verstehen.

Klimaschutz und unsere berufliche Zukunft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Verunsicherung ist greifbar. Viele fragen sich: Wo bleibe ich? Es muss was passieren – sonst droht eine Spaltung der Gesellschaft.

Mobilität und Energie müssen klimafreundlich, aber auch bezahlbar sein. Unsere Arbeitsplätze dürfen nicht geopfert werden!

Wir dürfen nicht zuschauen. Wenn wir nicht Druck machen, kümmert sich keiner! Politik und Arbeitgeber müssen endlich aus dem Quark kommen. Damit aus technologischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt wird. Damit aus dem Strukturwandel kein Strukturbruch wird. Wir brauchen eine soziale, ökologische und demokratische Transformation.

Was heißt das? Soziale Transformation heißt, dass niemand unter die Räder kommt. Wir fordern Arbeit, die auch in Zukunft sicher ist, die

Perspektiven schafft. Wir müssen einer Spaltung in Digitalisierungsgewinner und -verlierer vorbeugen. Wir wollen prekäre Arbeit zurückdrängen. Wir müssen sicherstellen, dass alle ein Recht auf Qualifizierung und Weiterbildung haben.

Ökologische Transformation heißt ein Ja zu den Pariser Klimazielen. Aber wir fordern eine vernünftige Mobilitäts- und Energiewende. Wir wollen strenge Zielvorgaben, die aber realistisch erreichbar sind. Wir wollen Investitionen in klimafreundlichere Produkte, Prozesse und Infrastrukturen. Wir arbeiten für eine innovative und nachhaltige Industrie in Deutschland.

Ohne uns, Kolleginnen und Kollegen, wird das nicht funktionieren. Deshalb verlangen wir die demokratische Transformation:

Wir wollen keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg. Wir wollen demokratische Beteiligung und Mitbestimmung. Veränderung ist nur mit uns möglich, nicht gegen uns. Die Beschäftigten wollen überzeugt und einbezogen, nicht billig abgespeist werden.

Wenn wir die Transformation den Gesetzen von Markt und Profit überlassen, dann geht das schief.

Darum: Mischen wir uns ein! Jetzt!

Ihr nehmt die Herausforderung an. Das sehe ich in den Branchen der IG Metall.

Rund 30 Kilometer von hier liegt Kamenz. Hier hat die Daimler-Tochter Accumotive zwei Batteriefabriken aufgebaut. Ende 2018 waren dort über 1.000 Menschen beschäftigt. Die Zahl soll weiter steigen.

Da freut es mich ganz besonders, wie konsequent Betriebsrat und IG Metall die gewerkschaftliche Arbeit voranbringen. Ziel ist der Flächentarif.

Und wie kann der erreicht werden? Richtig: Solidarisch sein, stark werden!  
Das heißt: Gewerkschaft im Betrieb sichtbar machen, Mitglieder gewinnen!

Bei Accumotive machen das die Kolleginnen und Kollegen mit einem klugen Konzept:

der kollektiven Betriebsratsprechstunde. Eine Woche lang wurde die Sprechstunde täglich angeboten, über alle fünf Schichten hinweg. Die Betriebsräte holten die Kolleginnen und Kollegen abteilungsweise zum Termin ab und diskutierten dann zusammen.

Ergebnis: Wir werden stärker, die Zahl der Mitglieder steigt kräftig. So muss das laufen!

Oder schauen wir auf Bombardier Transportation. Mit Standorten in Hennigsdorf, in Görlitz und hier in Bautzen. Die Bahnindustrie ist eine Schlüsselindustrie für die Mobilitätswende. Und dennoch wollte das Unternehmen 2.500 Beschäftigte abbauen und Standorte schließen.

Nicht mit uns, Kolleginnen und Kollegen!

17. März 2016: Aktionstag an allen Standorten – 4.000 Menschen vor den Toren.

30. März 2017: Zentrale Kundgebung mit 1.500 Beschäftigten vor der Unternehmenszentrale Berlin.

4. März 2018: Protestkundgebung zum Erhalt des Standorts in Görlitz mit über 3.000 Beschäftigten.

Das hat das Management zum Einlenken gebracht.

Alle Standorte bleiben erhalten.

Unternehmen und Gesamtbetriebsrat einigten sich auf ein Umbaukonzept mit stärkerer Spezialisierung der Werke. Immer noch verdammt schmerzlich: 1.500 Stellen werden abgebaut, aber ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Auch bei Bombardier Transportation führt die Solidarität aller Standorte zu gewerkschaftlicher Stärke.

Und die brauchen wir weiter. Denn jetzt muss das Konzept umgesetzt werden. Und hier ist Sand im Getriebe. Vor allem die zugesagten Investitionen werden verzögert. Und ohne die kommt das Konzept nun mal nicht auf die Schiene.

Ich will eine klare Botschaft an die Eigentümer in Kanada richten: Wir lassen uns nicht ausbremsen. Für die Mobilitätswende brauchen wir eine innovative Bahnindustrie. Und die deutsche Bahnindustrie braucht das Wissen und das Können der Beschäftigten von Bombardier Transportation. Die Belegschaften entwickeln heute schon selbst Ideen, damit ihr Unternehmen innovativ bleibt. Daran sollte sich das Management mal ein Beispiel nehmen!

Kolleginnen und Kollegen, ein drittes Beispiel: die Kraftwerkssparte von Siemens. 2017 verkündete Siemens mit knapp 6,2 Milliarden Euro Nettogewinn einen Rekord in der Firmengeschichte.

Und dennoch plante der Vorstand den Kahlschlag in der Kraftwerkssparte. Im Oktober 2017 wurde das Aus für die Werke Görlitz und Leipzig, der Verkauf von Erfurt verkündet. Weltweit 7.000 Stellen, davon die Hälfte in Deutschland, wollte der Vorstand streichen.

Die IG Metall wies das sofort zurück und organisierte Hand in Hand mit den Betriebsräten und Belegschaften den Widerstand. Die Proteste reichten von Transparenten an der Konzernzentrale in München vor der Bilanzpressekonferenz über Kundgebungen vor der Frankfurter Börse bis hin zu einem Spalier vor der Jahreshauptversammlung.

Mitten drin: eine Abordnung, die den Weg von Görlitz nach München mit dem Fahrrad zurückgelegt hatte und im Beisein der Presse CEO Joe Kaeser persönlich traf.

In Görlitz organisierte die IG Metall am 19. Januar 2018 eine Demo mit 7.000 Menschen! Und zwei Demonstrationenzügen: Der eine kam vom Siemens-Werk, der andere von Bombardier Transportation.

Nach schwierigen Sondierungen verständigten sich IG Metall, Gesamtbetriebsrat und Siemens Anfang Mai 2018 auf wesentliche Eckpunkte.

Standortschließungen und Kündigungen kamen vom Tisch und der geplante Abbau wurde um über 750 Stellen reduziert.

Kolleginnen und Kollegen, Kämpfen lohnt sich, Solidarität lohnt sich! Bei Siemens und Bombardier haben Belegschaften, Betriebsräte und IG Metall gemeinsam gekämpft und so Kündigungen und Standortschließungen verhindert!

Wir haben alternative Standortkonzepte entwickelt und durchgesetzt. Görlitz wird nun weltweite Zentrale für das Industriedampfturbinengeschäft bei Siemens – und Bautzen der zentrale Montagestandort bei Bombardier!

Das ist Euer Erfolg, Kolleginnen und Kollegen!

Accumotive, Bombardier Transportation und Siemens – die drei Beispiele zeigen erstens, dass wir dann stark und erfolgreich sind, wenn wir zusammenstehen. Und zweitens verdeutlichen sie, dass wir für die Transformation die Betriebe und Unternehmen fest im Blick haben müssen. Wir wollen die künftige Arbeitswelt gemeinsam mit den Menschen gestalten.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber auch die Politik bewegen. Die Proteste der Beschäftigten von Siemens und Bombardier setzten eine gesellschaftliche Debatte in Gang, nämlich die Frage nach der Verantwortung von Unternehmen in unserem Land.

Diese Debatte müssen wir wieder anheizen. Bei der Transformation der Arbeitswelt müssen wir die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Da müssen wir unser Zögern überwinden, da müssen wir massiv ran!

Wir brauchen zudem die richtigen politischen Entscheidungen. Die Politik reagiert mittlerweile – auch auf unseren Druck. Qualifiziert werden muss während der Arbeit – nicht erst, wenn Arbeitslosigkeit droht. Das Qualifizierungschancengesetz ist hier ein guter Schritt.

Die Regierung ist besser als ihr Ruf. Bei allen Streitigkeiten hat sie tatsächlich angefangen zu liefern.

Die Gesetzliche Krankenversicherung wird seit Jahresbeginn wieder paritätisch finanziert.

Es gibt erste Fortschritte bei der Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus. Es reicht aber bei weitem nicht, das Rentenniveau nur bis 2025 stabil zu halten. Wir werden daher weiter drängen!

Zumindest in Unternehmen mit mehr als 45 Beschäftigten gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf Brückenteilzeit und Rückkehr in Vollzeit. Das ist aber auch nur ein erster Schritt!

Es gibt große Baustellen. Etwa die Grundrente. Wir unterstützen das Konzept von Bundesarbeitsminister Heil.

Die Grundrente ist heute wichtig und ein wichtiger Baustein für den Sozialstaat in der neuen Arbeitswelt.

Denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen für ihre Lebensleistung eine armutsfeste Rente. Es ist doch ein Skandal, wenn jemand 35 Jahre arbeitet und dann auf Sozialleistungen angewiesen ist!

Die Grundrente steht im Koalitionsvertrag. Streitpunkt ist, ob mit oder ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Richtig ist: Von der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung würden zu 75 Prozent Frauen profitieren, die durch Erziehungs- und Pflegezeiten keinen Vollzeitjob annehmen konnten. Und darauf kommt es an!

Um den Sozialstaat für die neue Arbeitswelt weiterzuentwickeln, muss Hartz IV auf die Tagesordnung. Die SPD hat dazugelernt. Das gilt insbesondere für die längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I. Auch die Forderungen nach einem Recht auf Weiterbildung und einer besseren Absicherung von Kindern finden wir richtig.

Auch wenn Teile von CDU/CSU jetzt noch Gift und Galle spucken. Wir alle wissen doch, dass Hartz IV für Millionen von Leuten nichts anderes bedeutet als ein Leben ohne Perspektive. Hartz IV war 2005 falsch, heute muss es endlich weg!

Kolleginnen und Kollegen, für die Region hier ist es zentral, die Ergebnisse der Strukturwandelkommission für den Ausstieg aus der Kohleverstromung umzusetzen. Auch ein Thema der Transformation.

Wir Gewerkschaften haben von Anfang an klargemacht: Mit uns ist der Ausstieg nur machbar, wenn für die Beschäftigten gesorgt ist.

Die Lausitz kann eine Modellregion für Energiespeicher werden. Denn die zentrale Voraussetzung ist voll erfüllt: Die Fachkräfte sind schon hier!

Allein die LEAG hat 8.500 Beschäftigte, rund 3.300 Firmen erbringen zudem Leistungen im Umfeld von Bergbau und Energie für die LEAG. Im Sondermaschinen- und Werkzeugbau sowie im Vorrichtungs-, Anlagen-

und Metallbau sind mehr als 300 Unternehmen tätig. All diese Kompetenzen müssen wir jetzt nutzen!

Dann lassen sich die Vorschläge der Kommission auch umsetzen, wie Aufbau von Akku-Kompetenz und Zell-Recycling, Langzeitenenergiespeicher, neue Gaskraftwerke mit Wärmeauskopplung, grüner Wasserstoff.

Um was geht es? Wir müssen Technologien verbessern, um nicht benötigten Strom zu speichern. Die LEAG baut zum Beispiel Europas größte Batterie.

Auch Siemens hat mit seinen Beschäftigten die richtigen Kompetenzen, etwa bei grünem Wasserstoff – Stichwort Power-to-Gas.

Aus meiner Sicht müssen auch innovative Bahntechnologien eine zentrale Rolle spielen. Wir können Ostsachsen zu einem Standort wegweisender Bahntechnologien in Europa und damit zu einem Eckpfeiler der Verkehrswende entwickeln!

Kolleginnen und Kollegen, Bildung und Weiterbildung werden mit der Transformation der Arbeitswelt noch wichtiger. Das „lebenslange Lernen“ darf aber nicht als Drohung daherkommen; Weiterbildung muss vernünftig in die Lebensphasen und im Job integriert werden.

Deshalb fordern die sächsischen Gewerkschaften als einen Baustein die Bildungszeit – und zwar fünf Tage bezahlte Freistellung für berufliche, soziale, kulturelle und politische Bildung für alle Beschäftigten.

Das gibt es in allen anderen Bundesländern, außer in Bayern und Sachsen. Das muss sich ändern! Gleiche Möglichkeiten für alle!

Kolleginnen und Kollegen, unsere Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Viele Menschen sind verunsichert und machen sich Sorgen, auch um ihre Kinder. Die Sorgen treiben uns alle um.

Für die Transformation der Arbeitswelt müssen wir sichere Wege bauen. Alle stehen in der Verantwortung – Politik, Unternehmen und Gewerkschaften.

Rechtsextremistische Hetze und Demokratiefeindlichkeit führen nicht nur in die Sackgasse, sie wollen uns spalten und unsere Solidarität zerstören!

Für uns Gewerkschaften ist klar: Wir treten Rassismus und völkischem Nationalismus mit demokratischem Handeln und Solidarität entgegen – in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Es darf verdammt noch mal nicht sein, dass Menschen wieder wegen ihrer anderen Meinung, ihrer anderen Religion, ihrer anderen Hautfarbe verfolgt werden.

Wenn uns die Geschichte eines gelehrt hat, dann das: Nationalismus und Fanatismus führen zu Aggression, Konfrontation und oft genug zu Kriegen.

Wir erleben gerade einen gefährlichen Roll-back in der Weltpolitik. Die Großmächte betreiben ungeniert ihre geopolitischen Machtinteressen. Ob die USA, China und Russland oder Regionalmächte – wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Aggression ein neues Level erreicht hat, auch wenn die Ausprägungen unterschiedlich sein mögen.

Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor. Kein Land in Europa wird auf diese Herausforderung für sich allein eine Antwort finden.

Kein Mitgliedsstaat der Europäischen Union wird die wirtschaftliche Globalisierung, die Digitalisierung, die Bekämpfung der internationalen Kriminalität, die Gestaltung eines fairen Welthandels oder die Aufgaben für den Klimaschutz alleine stemmen.

Kein europäisches Land bringt heute noch ausreichend Gewicht auf die Waage, um die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger im Alleingang zu wahren.

Heute brauchen wir ein starkes Europa mehr denn je.

Ein starkes Europa bedeutet zugleich ein anderes Europa. Dafür steht unser diesjähriges Motto für den 1. Mai: „Europa. Jetzt aber richtig!“

Mit der Krise vor zehn Jahren und dem unverantwortlichen Verhalten der Finanzjongleure haben vier Millionen Industriebeschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Kolleginnen und Kollegen, die nichts, aber auch gar nichts für diese Krise konnten!

Das darf nie wieder passieren! Deshalb brauchen wir eine Europäische Union, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten verbessert!

Wir brauchen Investitionen statt einer Sparpolitik, die sozialer Unsicherheit den Weg ebnet.

Wir brauchen soziale Rechte statt einer Politik für den freien Binnenmarkt, die soziale Spaltung produziert.

Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Deutschland profitiert von Europa: Jährlich gehen 60 Prozent unserer Exporte in andere EU-Länder. Das bedeutet zugleich: Europa sichert Beschäftigung.

Allerdings wachsen die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in und zwischen den Ländern der EU. Die Schere zwischen Reich und Arm klafft immer weiter auseinander. Das bleibt nicht ohne Wirkung. Die Solidarität bröckelt. Ja, die EU könnte uns sogar um die Ohren fliegen, wie der Brexit verdeutlicht.

Kolleginnen und Kollegen, wir Gewerkschaften fordern daher den Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten. Das muss im EU-Vertrag festgeschrieben werden.

Wir verlangen europaweite Standards für gute Arbeitsbedingungen statt Dumping-Wettbewerb durch Niedriglöhne. Ihr hier in der Grenzregion erlebt täglich, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf beiden Seiten der Grenze ausgespielt werden.

Die EU muss die Tarifbindung voranbringen. Wir fordern Tariftreue von Unternehmen als europaweit zwingende Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und EU-Fördermitteln.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen faire Globalisierung.

Internationaler Handel ist wichtig – aber kein Selbstzweck. Internationale Handelsabkommen bedeuten bislang vor allem mehr Liberalisierung und Privatisierung.

Faire Löhne, geregelte Arbeitszeiten, Arbeitsschutz oder Mitbestimmung spielen kaum eine Rolle. Gleiches gilt für Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards.

Wir fordern deshalb, dass in den Handelsabkommen Regeln für faire Arbeit und gegen Lohndumping, für Umwelt- und Verbraucherschutz fest verankert werden. Und bestraft wird, wer sich nicht daranhält!

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Investitionen für Arbeitsplätze, Bildung und Infrastruktur. Es steht nicht gut um die öffentlichen Infrastrukturen in Europa: Bahnstrecken wurden stillgelegt, der öffentliche Nahverkehr lahmt vielerorts, Brücken brechen ein.

Die herrschende Haushaltspolitik des „Gesundsparens“ macht krank! Wir fordern Investitionen! Keiner soll mir sagen, dafür gebe es kein Geld. Wir wissen genau, wo wir das herkriegern.

Wie wäre es mit einer Digitalsteuer, statt zuzusehen, wie die US-amerikanischen Internet-Riesen sich drücken, bei uns anständig Steuern zu bezahlen?

Wie wäre es mit einer Finanztransaktionssteuer, die diesen Namen verdient, statt einer Ministeuer, die auch noch die zweifelhaftesten Finanzspekulationen steuerfrei lassen will?

Und wo bleibt die Quellensteuer, die EU-Staaten auf alle Zahlungen von Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren in Niedrigsteuerländern erheben können? Leute, die Quellensteuer ist doch überfällig!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir stehen in der Transformation der Arbeitswelt. Dafür brauchen wir eine Politik in Deutschland und Europa, die anpackt und die richtigen Entscheidungen trifft.

Dafür müssen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter noch viel bewegen – und zwar in einem verdammt schwierigen nationalen und internationalen Umfeld.

Wir brauchen aber auch ein Europäisches Parlament, das unsere Forderungen aufnimmt. Wir brauchen eine soziale, demokratische und proeuropäische Mehrheit im Europäischen Parlament.

Deshalb bitte ich Euch: Geht am 26. Mai zur Europawahl! Macht Eure Stimme zu einer Stimme für faire Arbeit und fairen Handel, für mehr Investitionen. Stärkt die sozialen Parteien!

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen endlich gleiche Lebensbedingungen in Ostdeutschland erreichen.

Jahrzehnte lang hat man Euch erzählt, Ihr müsstet Euch bei Löhnen und Arbeitszeitverkürzung zurückhalten, um wettbewerbsfähig zu werden. Und nun?

30 Jahre nach dem Mauerfall arbeitet Ihr immer noch länger und für weniger Geld. Damit muss jetzt ein für alle Mal Schluss sein! Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Wahr ist doch, dass wir nicht durch niedrige Löhne und mehr Arbeitszeit wettbewerbsfähig bleiben. Nicht im Osten der Republik, nicht im Westen.

Wer Euch das erzählt, erzählt Euch eine Geschichte vom Pferd!

Richtig ist: Wir müssen gleichwertige Lebensbedingungen durchsetzen. Dafür ist die Tarifbindung das A und O.

Und wir brauchen Investitionen – Investition in Innovation und Investition in die Beschäftigten. Wir müssen besser statt billiger werden. Besser in Prozessen, Dienstleistungen und Produkten; besser in der Ausbildung unserer Leute.

Das müssen wir durchsetzen. Und dafür müssen wir stark sein. Stark sind wir aber nur, wenn wir viele sind und wenn wir solidarisch sind!

Organisiert Euch in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes! Lasst Euch nicht spalten! Glück auf!